

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Betriebsausschusses Eigenbetrieb für Arbeitsförderung**

am 17.02.2011

öffentlich

Ort: Ratshof, Raum 105
Marktplatz 1
06100 Halle (Saale)

Zeit: 15:00 Uhr bis 15:25 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Wolfram Neumann	BG	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Frau Katja Raab	FDP	in Vertretung
Herr Goswin van Rissenbeck	Betriebsleiter	
Frau Birgit Schmeil	EfA	
Frau Jana Hirschfeld	EfA	

Entschuldigt fehlen: Herr Gerry Kley

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 15.11.2010
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Information zum aktuellen Stand der Maßnahmerealisierung
Insbesondere der Projekte Bürgerarbeit mit ersten Erfahrungen zur Bewilligung durch das Bundesverwaltungsamt
Vorlage wird aktualisiert und spätestens zur Sitzung nachgereicht
Vorlage: V/2011/09472
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Stimmberechtigt: Herr Neumann, Herr Hildebrandt, Herr Trömel, Frau Raab in
Vertretung für Herrn Kley, Frau Schmeil
Beratend: Herr van Rissenbeck
Protokoll: Frau Hirschfeld

Der Ausschussvorsitzende Herr Neumann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Besucher, Frau Heinichen, Fraktionsmitarbeiterin Bündnis 90/Die Grünen, sowie ein Bürger der Stadt Halle.

Es wird die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit festgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen bestätigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 15.11.2010

Die Niederschrift vom 15.11.2010 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es wurden keine Beschlüsse gefasst.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1. **Information zum aktuellen Stand der Maßnahmerealisierung Insbesondere der Projekte Bürgerarbeit mit ersten Erfahrungen zur Bewilligung durch das Bundesverwaltungsamt Vorlage wird aktualisiert und spätestens zur Sitzung nachgereicht Vorlage: V/2011/09472**

Der Vorsitzende kündigt die Informationsvorlage V/2011/09472 an, welche vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage an die Mitglieder verteilt wurde und gibt das Wort an Herrn van Rissenbeck, Betriebsleiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung. Dieser verweist auf den aktuellen Stand vom 15. Februar 2011 und die derzeitige Bewegung bei der Beantragung und der Bewilligung von Bürgerarbeitsplätzen beim Bundesverwaltungsamt. Der Informationsvorlage ist zu entnehmen, dass 133 Stellen dem EfA vom Bundesverwaltungsamt (BVA) bewilligt wurden, sowie die Maßnahmen, welche bis zum 01.03.2011 noch beantragt werden und bewilligungsfähig sind. Herr van Rissenbeck erläutert, dass das Beantragungsverfahren sich als nicht so einfach herausgestellt hat, wobei vom Jobcenter und dem BVA jeweils andere Kriterien zur Umsetzung des Förderprogramms Bürgerarbeit entscheidend sind. Die zwei wesentlichen Eckpunkte, welche das BVA setzt, legt Herr van Rissenbeck deutlich dar. Zum Einen muss eine Maßnahme einen klaren Beginn und nach 36 Monaten ein klares Ende haben. Danach ist das Projekt entweder zu Lasten des Trägers weiter zu führen oder einzustellen, eine Verlängerung ist nicht möglich. Weiterer Eckpunkt ist das öffentliche Interesse an den beantragten Maßnahmen. Um beispielsweise die Wettbewerbsneutralität, Zustimmung zur Pflege der Natur, aber nicht zur Renaturierung, sowie die weiteren noch zu beantragenden Projekte auf Bewilligungsfähigkeit zu prüfen, wird Herr van Rissenbeck zu einem gemeinsamen Gesprächstermin mit dem Referat II B 2 - Zuwendungen des Bundesverwaltungsamtes, am 23. Februar 2011 nach Köln reisen.

Herr Hildebrandt fragt den Betriebsleiter nach einer Zusammenfassung der in der Stadt Halle bewilligten Maßnahmen. Demnach erfolgen 83 Maßnahmen monatlich, mit einer Finanzierung in Monatsscheiben.

Herr Trömel hinterfragt, ob die Schülerlotsen wieder Bestandteil des Projektes „Prävention durch Präsenz“ sind. Herr van Rissenbeck bejaht dies, diese Maßnahme wurde am gestrigen Tag bewilligt. Dieses Mal werden nicht nur Freiwillige gesucht, sondern alle Teilnehmer werden ausgebildet.

Frau Raab erkundigt sich nach den haushälterischen Einsparungen durch das Förderprogramm Bürgerarbeit. Herr van Rissenbeck geht davon aus, dass die aufstockenden Leistungen geringer sein werden, als die KdU. Herr Neumann thematisiert den festzustellenden, besorgniserregenden Trend vom Bund, welcher die Kosten an die Kommunen weitergibt und die Maßnahmen mit Sachkostenzuschüssen immer weniger werden. Zielstellung der Stadt war bis jetzt die Überführung der ARGE SGB II Halle GMBH in das Jobcenter Halle. Dieses wurde zu den geplanten Konditionen geschafft.

Werden BIWAQ - Mittel eingesetzt, erkundigt sich Herr Trömel. Der Betriebsleiter antwortet, obwohl solche Anträge besser vom Stadtplanungsamt, und nicht vom EfA, gestellt werden sollten, ist die Antragstellung geschafft. Des weiteren sind diesbezüglich nur zwei Träger gezielt auf den EfA zugekommen. Davon die b.i.g. Akademie GmbH Halle im Hinblick auf die Verkehrshelfertätigkeit, siehe Seite 5 in der Informationsvorlage.

Wie verläuft das Coaching bei den Trägern, interessiert Herrn Dr. Diaby. Dies kann Herr van Rissenbeck noch nicht definitiv beantworten, da das Coaching nicht Maßnahmebezogen, sondern Personenbezogen verläuft. Der EfA erwartet noch Vorschläge der Bildungsträger, welche sich um das Coaching beworben haben. Dazu sollten eventuell Nachforschungen beim Jobcenter erfolgen.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, es bestehen keine weiteren Nachfragen und gibt die Kenntnisnahme dieser Informationen zum Förderprogramm Bürgerarbeit zu Protokoll.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

keine

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

keine

zu 8 Mitteilungen

keine

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

keine

zu 10 Anregungen

Als Terminvorschlag für die nächste Betriebsausschusssitzung wird der 30. Mai 2011, um 14.00 Uhr, vorgemerkt.

Der Ausschussvorsitzende schließt 15:25 Uhr den öffentlichen Teil und bittet die anwesenden Besucher, die Sitzung zu verlassen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.05.11

Herr Wolfram Neumann
Ausschussvorsitzender

Frau Jana Hirschfeld
Protokollantin